

Pressemitteilung der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg

Nach Kinderkopftuch nun Zwangsheirat in den Sommerferien?

In einer von „Terre des Femmes“ in Auftrag gegebenen Umfrage unter Lehrern zum Kinderkopftuch, gaben 71 Prozent an, dass sie Mädchen unter 14 Jahren unterrichten, die in der Schule ein Kopftuch tragen. 31 Prozent der Lehrer hatten den Eindruck, dass die Mädchen ihre Kopftücher nicht freiwillig tragen. Der Druck von anderen Schülern auf die Mädchen, sich an islamische Regeln zu halten und diese auch nach außen zu tragen, werde immer größer. Hinzu kommt das Problem der Zwangsverheiratung, das in Berlin laut einem t-online-Bericht so schlimm ist, dass der Bezirk Neukölln Präventionstipps an die dortigen Lehrer versendete.

Hierzu äußert sich die familien- und frauenpolitische Sprecherin der AfD-Fraktion im Landtag Brandenburg, Birgit Bessin, wie folgt: „Die Befragung im Auftrag von Terre de Femmes zum Kinderkopftuch hat unsere jahrelangen Forderungen nach einem Ende des Patriarchats auf den Schultern von Frauen und Mädchen in Deutschland bestätigt. Lediglich 16% der Befragten gaben an, dass sie nie den Eindruck hatten, dass das Kopftuch nicht freiwillig getragen würde. Nicht-Teilnahme sowohl an Sportunterricht und Klassenfahrten, und das von über 50% der befragten Lehrer bei Mädchen beobachtet wurde, zeigt deutlich, wie der politische Islam diese Mädchen aus einer freiheitlichen Gesellschaft ausschließt. Mit 73% haben fast drei Viertel der befragten Lehrer erklärt, dass durch die Verschleierung die persönliche Entwicklung eingeschränkt wird. Wir wollen keinen Rückschritt ins Mittelalter!

Mädchen und Frauen sind aufgrund ihres Geschlechts weder Freiwild noch als Haushalts- und Putzkraft zu degradieren. Zwangsehen, Kinderehen, Genitalverstümmelungen, Ehrenmorde usw. gehören nicht in unsere aufgeklärte Gesellschaft. Das Kopftuch stellt allermeist eine islamische (und nicht nur moralische) Pflicht dar. Und diese kann schließlich außerdem zur Diskriminierung nicht-kopftuchtragender Mädchen und Frauen führen. Hoffen wir, dass kein einziges Mädchen nach den Sommerferien (zwangs-)verheiratet zurück in die Schule kommt! Die Probleme sind seit Jahren bekannt – gehandelt oder unseren Anträgen zugestimmt, hat bislang keine der bunten Regierungskoalitionen.“